

Zwei Drittel der deutschen Bevölkerung wünschen sich rauchfreie Gaststätten

Die Zustimmung der deutschen Bevölkerung zu rauchfreien Gaststätten steigt weiter an. Nach einer im Auftrag des Deutschen Krebsforschungszentrums von der Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) im September 2006 durchgeführten Repräsentativbefragung wünschen sich rund zwei Drittel der Bevölkerung rauchfreie Gaststätten.

Bereits im Februar 2005 und 2006 wurden Vergleichsbefragungen mit den gleichen Fragen wie im September dieses Jahres durchgeführt. Im Februar 2005 sprachen sich 52,9 Prozent der Befragten für rauchfreie Gaststätten aus, im Februar 2006 waren es bereits 59,1 Prozent und im September 2006 stieg die Zustimmung auf 63,8 Prozent.

Erstmals wurden im September 2006 die Befragten zusätzlich nach ihrem politischen Wahlverhalten gefragt: Unter den Wählern der Koalitionsparteien sprechen sich der Umfrage zufolge 67 Prozent der CDU/CSU-Wähler und 63 Prozent der SPD-Wähler für rauchfreie Gaststätten aus. Noch höher ist die Zustimmung mit jeweils 70 Prozent bei den Wählern von Grüne/Bündnis 90 und den Linken. Auch 64 Prozent der FDP-Wähler möchten rauchfreie Gaststätten.

Die Mehrheit der Bevölkerung hat demnach die Gesundheitsgefahren des Passivrauchens erkannt und wünscht sich eine gesunde Gastronomie. Das Deutsche Krebsforschungszentrum betont, dass gerade jüngste wissenschaftliche Untersuchungen wiederum bestätigt haben, dass Passivrauchen für Beschäftigte in der Gastronomie und für Gäste eine enorme, unverantwortbare Gesundheitsgefährdung darstellt.

Prof. Dr. Otmar Wiestler, Vorstandsvorsitzender des Deutschen Krebsforschungszentrums, richtet einen dringenden Appell an die Politik: „In Deutschland besteht eine eklatante Ungleichbehandlung der Arbeitnehmer: Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten arbeitet an gesunden Arbeitsplätzen, die über eine Million Gastronomiemitarbeiter hingegen sind bei der Arbeit einer außerordentlich hohen Gesundheitsbelastung ausgesetzt. In der Gastronomie erfüllt der Gesetzgeber seine Schutzpflicht gegenüber der Bevölkerung nicht. Deutschland braucht dringend ein Bundesgesetz, das einen umfassenden Gesundheitsschutz vor Passivrauchen der gesamten Bevölkerung gewährleistet. Die Politik muss handeln.“

<http://www.tabakkontrolle.de>

Das Deutsche Krebsforschungszentrum hat die Aufgabe, die Mechanismen der Krebsentstehung systematisch zu untersuchen und Krebsrisikofaktoren zu erfassen. Die Ergebnisse dieser Grundlagenforschung sollen zu neuen Ansätzen in Vorbeugung, Diagnose und Therapie von Krebserkrankungen führen. Das Zentrum wird zu 90 Prozent vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und zu 10 Prozent vom Land Baden-Württemberg finanziert und ist Mitglied in der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren e.V.

Diese Pressemitteilung ist abrufbar unter www.dkfz.de/pressemitteilungen

Dr. Julia Rautenstrauch
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
Deutsches Krebsforschungszentrum
Im Neuenheimer Feld 280
D-69120 Heidelberg
T: +49 6221 42 2854
F: +49 6221 42 2968